Stellungnahme der Stadtverwaltung Erfurt zur Drucksache 2515/18

Titel

Arbeitsbedingungen und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Beschäftigten (Betriebsrat) bei Unternehmen in Erfurt

Öffentlichkeitsstatus

öffentlich

Stellungnahme

Finden, insbesondere bei Neuansiedlungen von Unternehmen, Gespräche hinsichtlich tariflicher Entlohnung und Etablierung von Betriebsräten zwischen Unternehmen und Stadtverwaltung statt?

Bei Neuansiedlungen finden keine Gespräche hinsichtlich tariflicher Entlohnung und der Etablierung von Betriebsräten statt. Seit 1. Januar 2015 gilt ein bundesweit flächendeckendes Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Darüber hinaus unterliegt die Vereinbarung von Tarifverträgen der sogenannten Tarifautonomie. Diese Tarifautonomie folgt unmittelbar aus der in Art. 9 Abs. 3 GG festgelegten Koalitionsfreiheit, welche den Tarifvertragsparteien das Recht gibt, frei von staatlichen Eingriffen die Entlohnung und weitere Arbeitsbedingungen zu vereinbaren. Tarifvertragsparteien sind die Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände oder einzelne Arbeitgeber. Ein Eingriff in die Tarifautonomie ist nur mit einer gesetzlichen Grundlage zulässig. Zu nennen ist hier insbesondere § 5 Tarifvertragsgesetz (TVG) oder das bereits erwähnte Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns. Eine Ermächtigungsgrundlage für die Städte und Gemeinden in dieses Grundrecht einzugreifen, existiert nicht.

In § 1 Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) heißt es: „In Betrieben mit in der Regel mindestens fünf ständigen wahlberechtigten Arbeitnehmern, von denen drei wählbar sind, werden Betriebsräte gewählt.“ Die Unternehmensleitung muss keine Gründung ins Leben rufen, darf sie aber auch nicht verhindern. Der Betriebsrat muss von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gegründet werden. Auch hier steht der Stadt keinerlei Eingriffsmöglichkeit zu und bei Gesprächen zur Neuansiedlungen sind die potentiellen Arbeitnehmer auch nicht einbezogen, da i. d. R. die entsprechenden Arbeitsverträge zu diesem Zeitpunkt noch nicht existieren.

Die Verwaltung begleitet Neuansiedlungen im Hinblick auf die Vermittlung einer geeigneten Gewerbefläche, die Infrastruktur, das Arbeitnehmerangebot sowie alle baugenehmigungsrelevanten Fragestellungen.

Welche Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung Erfurt Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Gründung von Betriebsräten zu unterstützen?

Wie sich aus der vorherigen Antwort ergibt, hat die Stadt keinerlei rechtliche Ermächtigungsgrundlagen für einen hoheitlichen Eingriff. Es obliegt der freien Entscheidung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen einen Betriebsrat zu bilden. Die Gründung von Betriebsräten obliegt ausschließlich der Belegschaft des Unternehmens. Die Gründung eines Betriebsrates ist nicht unproblematisch und bedarf eingehender arbeitsrechtlich fundierter Kenntnisse. Andererseits hat die Fachliteratur sich intensiv

mit der Gründung und den Voraussetzungen auseinander gesetzt. Es wäre daher sinnvoll sich fachspezifischen Rat einzuholen. Beratung und Unterstützung finden die Arbeitnehmer hierfür i. d. R. bei den Gewerkschaften.

Gesetzliche Grundlage zur Gründung ist das Betriebsverfassungsgesetz. Dies ist ein Bundesgesetz, das nicht kommunalrechtlich verankert ist. Von daher kann die Stadtverwaltung keine rechtliche Beratung, weder für die Belegschaft noch das Unternehmen, durchführen. Durch das Betriebsverfassungsgesetz werden keinerlei Aufgaben, Funktionen oder Kompetenzen auf die Kommunen übertragen.

Gleiches gilt für die Tarifautonomie gem. Art. 9 Abs. 3 GG. Nach der Definition der Tarifautonomie bedeutet dies, dass beide Tarifpartner - die Gewerkschaften und die Arbeitgeber - den Tarifvertrag autonom, das heißt, ohne dass irgendjemand auf die Verhandlungen Einfluss nehmen darf, verhandeln und abschließen. Im Tarifvertrag sind die Regelungen zu Löhnen, Gehältern und sonstigen Arbeitsbedingungen enthalten.

Es steht natürlich dem Bundestag und dem Landtag frei, im Rahmen ihrer Gesetzgebungskompetenzen und unter Beachtung des Grundrechtes der Koalitionsfreiheit hierzu weitere gesetzliche Regelungen zu fassen. Auch der Fördermittelgeber, der Freistaat Thüringen, kann gegebenenfalls im Rahmen der Nebenbestimmungen des Zuwendungsbescheids hierzu Festlegungen treffen.

Kann eine tarifliche Bezahlung der Beschäftigten zur Bedingung gemacht werden, wenn Unternehmen sich in der Landeshauptstadt Erfurt niederlassen wollen?

Nein! Dies wäre ein schwerwiegender Verstoß gegen Art 9 Abs. 3 GG. In Art. 9 Abs. 3 Satz 2 heißt es ausdrücklich: "Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig".

Anlagen

gez. W. Jentz
Unterschrift Amtsleiter

30.11.2018
Datum